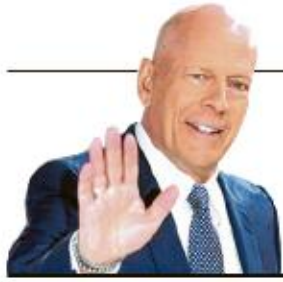


Memminger Zeitung



Film
Eine Verneigung
vor Bruce Willis
Feuilleton

Extremwetter
Feuerwehr, THW, Rettungsdienst
und Polizei erwarten mehr Großeinsätze
Allgäu-Rundschau

Schneeregen, 3 Grad
Ungemütlich nasskalt
mit Regen und Schnee
Wetter



FREITAG, 1. APRIL 2022 NR. 76

www.allgaeuer-zeitung.de

PREIS € 2,10

Impfpflicht steht auf der Kippe

Corona Bei Abstimmung im Bundestag drohen alle Anträge mangels Mehrheit zu scheitern.

VON BERNHARD JUNGINGER,
STEFAN LANGE UND MICHAEL POHL

Berlin Eine Woche vor der geplanten Entscheidung über die Impfpflicht im Bundestag bahnt sich ein Scheitern aller Anträge an. Nach Informationen unserer Redaktion aus Unions- und Koalitionskreisen sind Gespräche zwischen Vertretern der Ampelparteien und der größten Oppositionsfraktion im Bundestag über einen möglichen Kompromiss diese Woche ohne Ergebnis geblieben. Nach derzeitigem Stand will die Union am kommenden Donnerstag im Bundestag geschlossen gegen alle Impfpflichtanträge stimmen und nur ihren eigenen unterstützen.

Bundeskanzler Olaf Scholz wollte dagegen noch nicht von einem Scheitern der Gespräche sprechen. „Es wird jetzt im Parlament diskutiert“, sagte er. Es mache keinen Sinn, darüber hinaus Wasserstands-meldungen abzugeben. Scholz unterstützt einen Antrag, den Abgeordnete verschiedener Fraktionen vorgelegt haben und der eine allgemeine Impfpflicht ab 18 Jahren vorsieht. Er wird auch von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) mitgetragen. Die Abstimmung über die Impfpflicht steht für nächsten Donnerstag auf der Tagesordnung des Bundestages. Eine Verschiebung wurde in Koalitionskreisen aber nicht ausgeschlossen.

In der Union geht man davon aus, dass weder der Antrag für eine Impfpflicht ab 18 noch der Antrag für die gestaffelte Einführung einer Impfpflicht ab 50 Jahren eine eigene Mehrheit aus den Reihen der Ampel-Koalition erhält, nachdem zahlreiche FDP-Abgeordnete gegen jede verpflichtende Impfung sind. FDP-Vize Wolfgang Kubicki hatte als Erster einen Antrag gegen die allgemeine Impfpflicht vorgelegt. Darin wird an die Bevölkerung appelliert, die Angebote einer Schutzimpfung freiwillig wahrzunehmen.

Der Plan der Union sieht zunächst die Einführung eines Impf-

gisters vor. Je nach Pandemielage sollen dann gestaffelte Maßnahmen greifen. In einer ersten Stufe würden demnach alle Menschen ab 60 Jahren geimpft werden, in einer zweiten alle ab 50 Jahren und in einer dritten Stufe die Mitarbeiter kritischer Infrastruktur von der Feuerwehr bis zum Katastrophenschutz.

In der SPD wurden Spekulationen zurückgewiesen, die Ampel habe die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht für alle Erwachsenen bereits aufgegeben. „Das ist falsch“, hieß es aus Fraktionskreisen. „Es gibt keinen neuen Stand.“ Zudem solle es bis Anfang kommenden Woche neue Gespräche mit CDU und CSU geben. Die Union dagegen sieht in ihrem eigenen Antrag bereits einen Kompromissvorschlag. Der Arzt und CSU-Gesundheitsexperte Stephan Pilsinger sagte unserer Redaktion: „Unser Antrag ist bereits ein durchdachter, vernünftiger Kompromiss für die Bevölkerung. Wir werden deshalb geschlossen dabei bleiben.“ Für eine allgemeine Impfpflicht gebe es in der Bevölkerung keine Akzeptanz, wenn gleichzeitig die Corona-Maßnahmen gelockert würden. Die Ampel-Koalition habe das Thema zu lange verschleppt, nun sei es zu spät.

In Koalitionskreisen wird vermutet, dass die Union mit ihrer Linie einen neuen, härteren Kurs in der Oppositionsarbeit anschlagen will. Fraktionschef Merz (CDU) hatte vor dem Hintergrund der anstehenden Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen bereits angekündigt, dass er im Bundestag Druck machen wolle. In der Debatte über das 100-Milliarden-Paket für die Bundeswehr etwa will Merz für die erforderliche Grundgesetzänderung nur die Unionsstimmen zur Verfügung stellen, die die Ampel für die Umsetzung ihres Vorhabens zusätzlich zu den eigenen Stimmen braucht. Ein ähnliches Muster ist auch im aktuellen Fall bei der Impfpflicht zu erkennen.

»Kommentar

Der Krieg und seine Folgen



Während die Zerstörung im ukrainischen Mariupol weiter geht, steigen in Deutschland die Sorgen um einen Stopp der Erdgasimporte aus Russland.
Foto: Maxar Technologies, dpa

Putin stiftet neue Unruhe

Gaslieferungen Kremlchef unterzeichnet Dekret – was steckt dahinter?

VON MICHAEL STIFTER

Moskau Im Krimi um Gaslieferungen aus Russland hat Wladimir Putin ein neues Kapitel geschrieben. Nachdem er Bundeskanzler Olaf Scholz tags zuvor telefonisch zugesichert hatte, Deutschland könne weiterhin vertragsgemäß in Euro bezahlen, ordnete der Kremlchef am Donnerstag per Dekret an, dass ausländische Kunden ihre Rechnungen ab diesem Freitag – zumindest indirekt – in der russischen Landeswährung Rubel begleichen müssen. Genau das lehnen die wichtigsten Industrienationen bekanntlich ab. Die Verwirrung war groß, was durchaus zum Kalkül des russischen Präsi-

denten gehören dürfte. Hat Putin Scholz in die Irre geführt, als er versicherte, für europäische Vertragspartner werde sich nichts ändern? Dreht er Deutschland wirklich den Gashahn zu? Wahrscheinlicher ist folgender Weg: Westliche Abnehmer dürfen zwar weiterhin in Euro oder Dollar überweisen, müssen dafür aber ein Konto bei der russischen Gazprom-Bank eröffnen. Diese wandelt die Einzahlungen in Rubel um und leitet sie an den Energieriesen Gazprom weiter. Eine Lösung durch die Hintertür, für die beide Seiten ihre Grundposition nicht aufgeben müssen.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck will sich nicht darauf

verlassen. Deutschland ist besonders stark auf Energieimporte aus Russland angewiesen und hält trotz des internationalen Drucks bislang an den Verträgen fest. Seit Beginn Ukraine-Krieges spielt Putin seine Machtposition aus. Um sich nicht erpressbar zu machen, setzte die Bundesregierung bereits am Mittwoch ein Alarmsystem für den Fall ausbleibender Lieferungen in Kraft. „Wir sind auf alles das, was Putin entscheidet, gut vorbereitet“, sagte Habeck am Donnerstag.

In der **Wirtschaft** finden Sie weitere Hintergründe sowie ein Pro & Contra zur Frage, ob Deutschland von sich aus auf Gasimporte aus Russland verzichten sollte.

Blickpunkt Lokales

Missbrauch erneut vor Kadi

Ein in erster Instanz verurteilter Ex-Musiklehrer muss doch nicht in Haft. Weshalb das Memminger Landgericht nun eine Bewährungsstrafe verhängte. »Seite 25

Kommentar

Die Qual mit dem Impfen

VON MICHAEL POHL

pom@azv.de

Die Politik hat in der Pandemie selten ein gutes Bild abgegeben. Die Deutschen haben sich an das Hin und Her, den Streit um Schutzmaßnahmen und unerfüllte Versprechen ebenso gewöhnt wie daran, dass klare Führung nur in Ausnahmefällen zu erwarten ist.

In der Impfpflicht-Debatte droht nun der nächste Akt des politischen Pandemiedramas. Der neue CDU-Chef Friedrich Merz schwört seine Unionsfraktion auf klare Opposition gegenüber einer in der Impffrage hoffnungslos zerstrittenen Regierungskoalition ein. Das ist parteipolitisch legitim, aber wenig glaubwürdig, nachdem die größten Impfpflicht-Befürworter von Anfang an Ministerpräsidenten der Union – angeführt von CSU-Chef Markus Söder – waren.

Damit dreht sich alles um Parteitaktik, nicht um die Sache, über die sich fern von Fraktionszwängen gut streiten ließe. Im Kern geht es um die Frage: Soll sich Deutschland so weit wie möglich auf eine Pandemiewelle vorbereiten oder setzt man auf die Hoffnung, dass nichts Schlimmeres als Omikron kommt? Ampel und Union quälen sich, darauf eine klare Antwort zu geben.

Heute mit Ihrer **rtv** Wochenmagazin Ihrer Zeitung

Alle Wochen-Highlights
Alle Spielfilme bewertet

rtv Das Fernsehmagazin Ihrer Zeitung

Mehr Väter in Elternzeit

Wiesbaden Immer mehr Männer gehen in Elternzeit. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes liegt der Anteil der Väter, die nach der Geburt eines Kindes Elterngeld beziehen, inzwischen bei 25,3 Prozent. Zum Vergleich: Im Jahr 2015 waren es erst 20,9 Prozent. Allerdings beziehen Väter die Leistung deutlich kürzer: Mütter bekommen im Schnitt 14,6 Monate Elterngeld, Väter dagegen nur 3,7 Monate.

Insgesamt haben im vergangenen Jahr rund 1,9 Millionen Menschen in Deutschland Elterngeld erhalten, Spitzenreiter im Vergleich der Bundesländer blieb Sachsen mit einem Väteranteil von 29,9 Prozent, gefolgt von Berlin (27,6 Prozent) und Bayern (27,5 Prozent). Am niedrigsten lag der Väteranteil mit 20,1 Prozent im Saarland. (AZ)

Hubble sieht alles

Wissenschaft Das Teleskop entdeckt den am weitesten entfernten Stern.

VON STEFANIE WIRSCHING

Das Weltraumteleskop Hubble, das optisch ein wenig an einen dämlichen Partyknaller erinnert, liefert seit fast 32 Jahren Bilder aus unendlichen Weiten: planetarische Nebel, riesige Galaxienhaufen, schwarze Löcher... Mehrfach sollte Hubble schon in Rente gehen, alte Hardware, zuletzt war es sogar für einige Zeit blind. Ohnehin reden gerade alle von James Webb, dem neuen Knaller am Teleskopenhimmel mit Riesenspiegel.

Mit dieser Nachricht aber überstrahlt das alte Hubble wieder alle: In der Rekorddistanz von 12,9 Milliarden Lichtjahren erspäht das Weltraumteleskop den mit Abstand entferntesten und ältesten bekannten

Stern. Ein Riesensprung, der bisherige Rekordhalter war lediglich neun Milliarden Lichtjahren entfernt.

Wie groß ist er, was wiegt er, wie heißt er? Alles natürlich nur Schätzungen, aber was das Entdeckerteam um Brian Welch von der Johns Hopkins University in Baltimore schon sagen kann: Vermutlich war der Rekordstern mehr als 50 Mal so groß wie die Sonne, eine Million Mal heller, leuchtete etwa 900 Millionen Jahre nach dem Urknall auf – und verglühte bereits nach wenigen hunderttausend Jahren.

Dass Hubble ihn nun Mil-

liarden Jahre nach seinem Erlöschen als hellen Punkt entdeckte, dafür brauchte es kosmische Unterstützung: Ein gewaltiger Galaxienhaufen zwischen Erde und Stern verstärkte als Gravitationslinse das Licht um mehr als das Tausendfache. Das Forscherteam hat das neu entdeckte Objekt übrigens „Earendel“ genannt, ein alter englischer Name, der „Morgenstern“ oder „aufgehendes Licht“ bedeutet. Noch genauer hinschauen soll nun in Zukunft das Webb-Teleskop. Hubble hat es auf seine alten Tage aber noch mal allen gezeigt, ein echter Knaller!

Foto: picture alliance/PA Media; Nasa/ESA



So hoch ist der Staat verschuldet

Frankfurt Deutschlands Schuldenberg ist auch im zweiten Corona-Jahr gewachsen – wenn auch in etwas geringerem Tempo als im ersten Jahr der Pandemie. Nach Berechnungen der Bundesbank nahmen die Schulden von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialkassen 2021 um 162 Milliarden auf 2,476 Billionen Euro zu. Haupttreiber waren dabei die staatlichen Corona-Hilfen.

Die Schuldenquote, also das Verhältnis der Staatsschulden zur Wirtschaftsleistung, lag Ende vergangenen Jahres bei 69,3 Prozent. Damit überschritt Deutschland zum zweiten Mal in Folge die in den europäischen Verträgen vereinbarte Obergrenze von 60 Prozent. In den Jahren vor der Pandemie war die Schuldenquote sieben Jahre in Folge gesunken. (AZ)

»Wirtschaft

Kontakt

Redaktionsleitung Allgäu (0831) 206-439
redaktion@azv.de, Fax (0831) 206-123
Lokales Tel. (08331) 109-170, Fax-188
redaktion@mm-zeitung.de
Anzeigen Tel. (08331) 109-139, Fax -105, -106
anzeigen@mm-zeitung.de
Abo-Service Tel. (08331) 109-126, Fax -109
aboservice@azv.de
AZ Online Service www.azshop.de;
www.allgäuticket.de; www.abonnieren.ihre-az.de

